

PARTIZIPATION: ELEMENTE EINES DEMOKRATISCHEN PROZESSES

MOVUM AUSGABE 7/2017 "MEHR DEMOKRATIE WAGEN", WWW.MOVUM.INFO

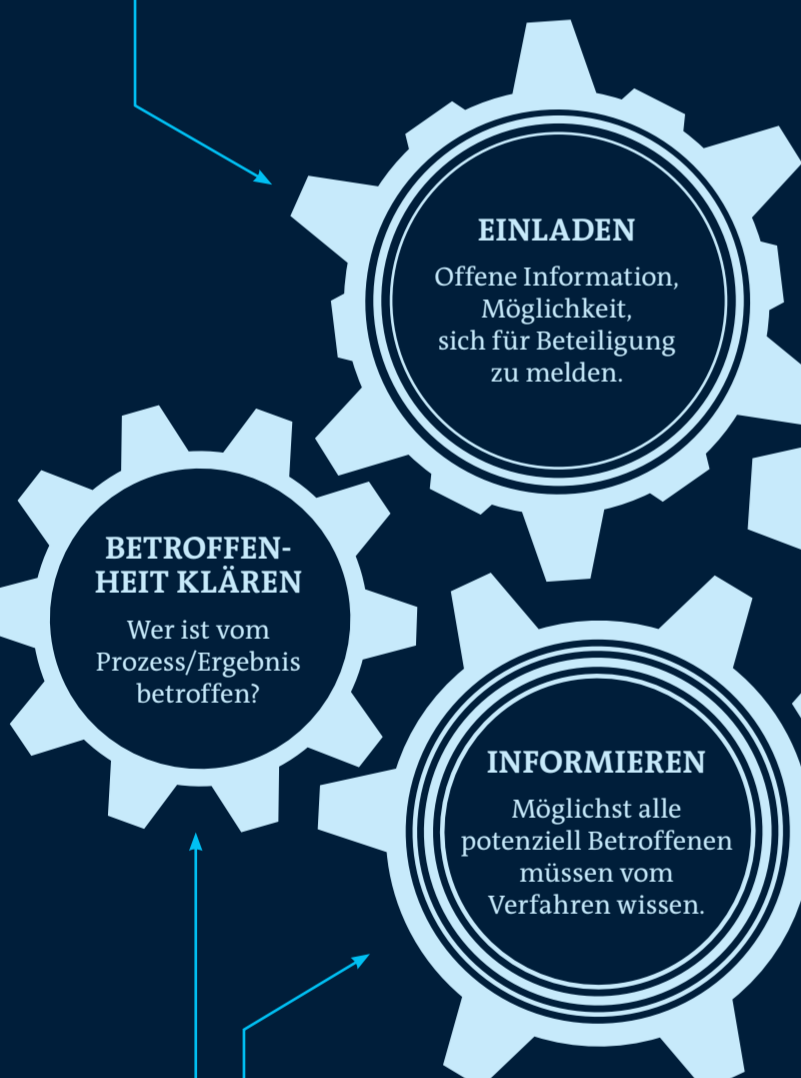
Konzeption: JÖRG SOMMER (BERLIN INSTITUT FÜR PARTIZIPATION) & KAI NIEBERT
Umsetzung: KALISCHDESIGN.DE

Gelungende Partizipation ist eine zentrale Herausforderung für die Belebung und Bewahrung unserer Demokratie. Mehr Beteiligungsangebote, mehr direkte Demokratie und damit mehr politische Teilhabe machen unsere Gesellschaft widerstandsfähig gegen populistische Versuchungen und schaffen die Voraussetzungen für eine gemeinsame, demokratische und solidarische Große Transformation. Dieses Schaubild zeigt mögliche Elemente eines Partizipationsprozesses. Es ist kein Regelwerk, sondern eine Inspiration. Jeder Prozess ist so individuell wie die Menschen, die ihn tragen. Das Wesen von Partizipation ist, dass sie nicht von oben vorherbestimmt stattfinden kann, sondern von den Impulsen vieler Einzelner lebt.

Quellenangabe:
Die Quellen für diese Infografik sind auf den jeweiligen Feldern in der PDF-Version (www.movum.info) verlinkt.

BETEILIGUNGSBEREITSCHAFT

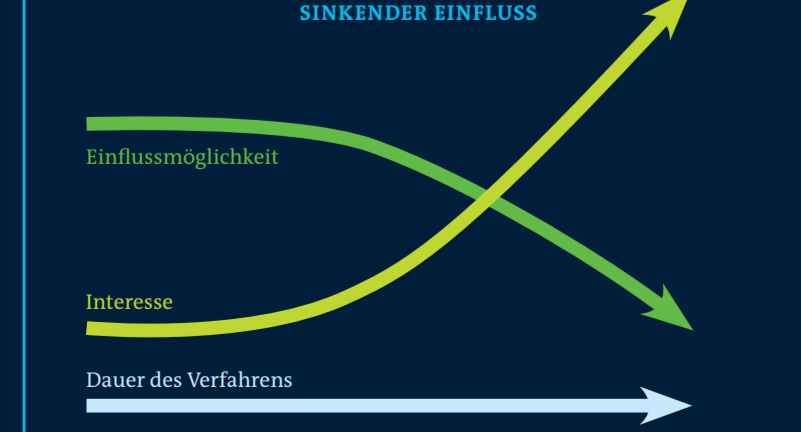
Beteiligungsbereitschaft beschreibt das Interesse an einem Thema, die Bereitschaft, sich damit zu beschäftigen, sich eine Meinung zu bilden und andere von dieser Meinung überzeugen zu wollen, sowie die Bereitschaft, Angebote zur Bürgerbeteiligung zu diesem Thema wahrzunehmen. Sie ist besonders hoch in gebildeten, gut situierten Kreisen und bei persönlicher Betroffenheit.



BETEILIGUNGSPARADOXON

Am Beginn eines Verfahrens ist die Mitwirkungsmöglichkeit am größten. Allerdings beteiligen sich nur wenige Menschen, weil sie entweder noch keine Betroffenheit verspüren oder schlicht keine Kenntnis vom Verfahren haben. Zum Ende eines Verfahrens steigt die Zahl derer, die sich betroffen fühlen und beteiligen wollen. Der Einfluss auf das Ergebnis wird jedoch zunehmend geringer. Der Großkonflikt um Stuttgart 21 ist zum Beispiel deshalb entstanden, weil die meisten Betroffenen erst auf das Vorhaben aufmerksam wurden, als die Baumaßnahmen begannen.

STIEGENDES INTERESSE - SINKENDER EINFLUSS



BÜRGERGUTACHTEN:

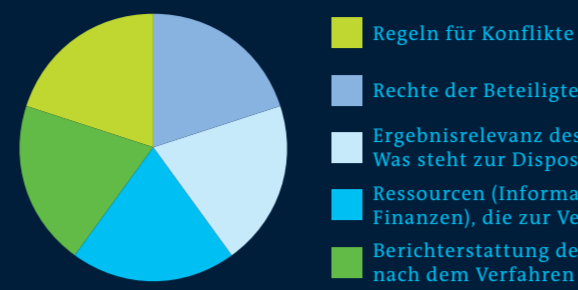
Bürgergutachten stellen in einer Demokratie ein grundsätzliches Mittel zur Konsultation der Bürger dar. In ihnen kommt die Wertschätzung der Ansichten der Bürgerschaft zu einem bestimmten Thema oder Projekt zum Ausdruck. Ein Gutachten muss nicht zwangsläufig von Regierenden veranlasst werden, sondern kann auch von anderen Auftraggebern kommen. Am Ende steht die Gutachtenübergabe an den Auftraggeber. Planungsstellen und Vor-Ort-Begehungen helfen bei der Erstellung.



BETEILIGUNGSVERTRAG

Es empfiehlt sich, zu Beginn eines Verfahrens zwischen Beteiligten und Beteiligten genau festzulegen, welche Möglichkeiten die Beteiligten haben, auf das Endergebnis einzuwirken, welche Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen und wie der Prozess ablaufen und gesteuert werden soll. Wichtig ist auch der Umgang mit den Ergebnissen des Verfahrens. Jörg Sommer, Direktor des Berlin Instituts für Partizipation, empfiehlt hierzu den Abschluss eines informellen „Beteiligungsvertrages“ (vgl. Jörg Sommer: Kursbuch Bürgerbeteiligung #2, Berlin 2017).

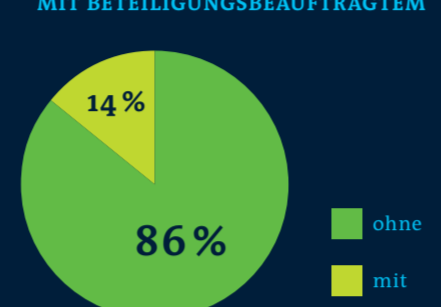
FÜNF ZENTRALE ELEMENTE EINES BETEILIGUNGSVERTRAGES



BETEILIGUNGSBEAUFTRAGTER

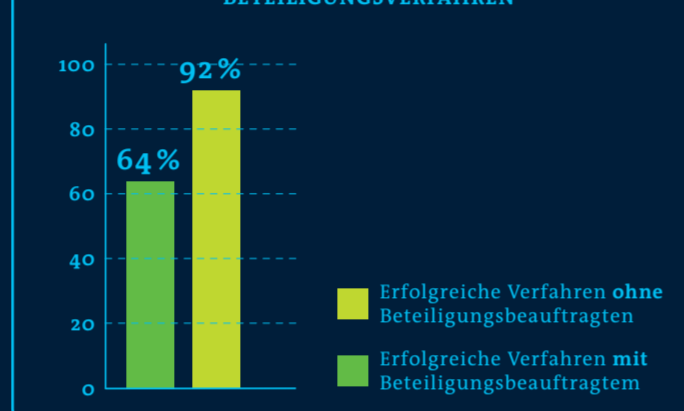
Ein Beteiligungsbeauftragter ist als unabhängige Person Ansprechpartner für alle Konflikte im Verfahren, insbesondere dann, wenn Beteiligte sich nicht gehört oder wertschätzt fühlen. Er oder sie hat als Ombudsmensch die Aufgabe, in solchen Konflikten durch direkten Dialog zwischen den Beteiligten zu vermitteln.

ANTEIL DER BETEILIGUNGSVERFAHREN MIT BETEILIGUNGSBEAUFTRAGTEM



Quelle:
Umfrage der Deutschen Umweltestiftung unter 418 kommunalen Beteiligungspraktikern (2016)

ERFOLGSQUOTE VON BETEILIGUNGSVERFAHREN



Quelle:
Umfrage der Deutschen Umweltestiftung unter 418 kommunalen Beteiligungspraktikern (2016)

MOTIVE DER ANBIETER VON BÜRGERBETEILIGUNG

Noch werden die Potenziale von Partizipation nicht ausgeschöpft: Häufig stehen nach wie vor Akzeptanz und/oder Konfliktbearbeitung im Fokus.



Quelle:
Umfrage der Deutschen Umweltestiftung unter 418 kommunalen Beteiligungspraktikern (2016)

BÜRGERPANEL:

Ein Bürgerpanel zielt darauf ab, die Meinungen der Bürger einer Kommune über mehrere Jahre hinweg abzubilden, um Impulse für die Gestaltung der Kommunalpolitik zu gewinnen. Für diesen Zweck finden regelmäßige Befragungen einer repräsentativen, stabilen und großen Teilnehmergruppe (das Bürgerpanel) statt. Die Bürger, die einer Teilnahme am Bürgerpanel zugestimmt haben, nehmen über 3 bis 4 Jahre hinweg an regelmäßigen Befragungen (3-4 pro Jahr) teil. Diese erfolgen online, schriftlich oder telefonisch. Idealerweise existieren keine Verbindungen der Befragten untereinander, sodass kein inhaltlicher Austausch stattfinden kann und die Teilnehmer sich nicht gegenseitig beeinflussen können.

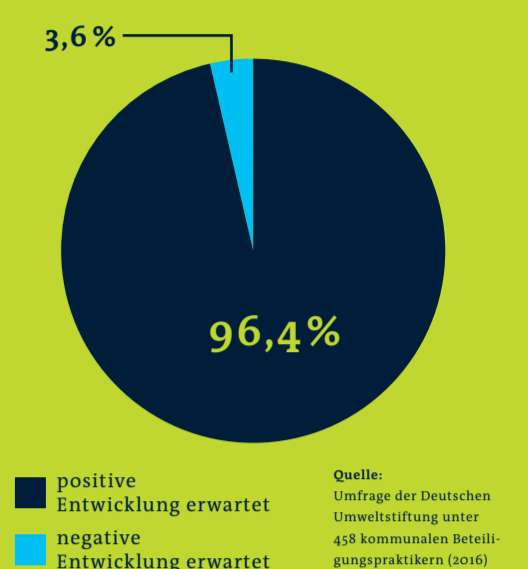


BARCAMP:

Anders als bei herkömmlichen Tagungen und Konferenzen gibt es bei einem Barcamp keine detaillierte Planung durch den Veranstalter. Zu Beginn des Barcamps versammeln sich alle Beteiligten in einem Raum. An einer Pinnwand werden Themenvorschläge gesammelt, über die sich die Teilnehmer austauschen möchten. Wenn genügend weitere Teilnehmer ihr Interesse an einem Vorschlag bekunden, wird ihm im Veranstaltungsplan eine Zeit und ein Raum zugewiesen. Die Offenheit des Verfahrens und die Selbstgestaltungsmöglichkeiten der Teilnehmer machen jedes Barcamp individuell. Während bei einem Barcamp relativ wenige, große Themen behandelt werden, kann ein anderes durch viele kleine Sessions geprägt sein.

ERWARTUNG AN DIE ENTWICKLUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG

Partizipation als ein Grundprinzip unserer Demokratie funktioniert über ein breites Spektrum von Formen und Verfahren, welche die repräsentative Demokratie ergänzen. Beteiligungspraktiker erwarten eine positive Entwicklung der kommunalen Beteiligungskultur. Parallel dazu wächst die Zahl der kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den deutschen Gemeinden, Städten und Landkreisen. In der Summe führt diese Entwicklung zu einer „Demokratisierung der Demokratie“. Welche neuen Formen des Zusammenwirkens von repräsentativer und partizipativer Demokratie sich daraus ergeben werden, wird die Zukunft zeigen.



Quelle:
Umfrage der Deutschen Umweltestiftung unter 418 kommunalen Beteiligungspraktikern (2016)

ERGEBNISSE

„Empfehlung“ an entscheidende demokratische Institution. Evtl. auch: Volksbefragung/Volksabstimmung (= direkte Demokratie)

ZWISCHEN-ERGEBNISSE

Festhalten/präsentieren.

UMSETZUNG

Nach Entscheidung: Rückmeldung über umgesetzte Empfehlungen.

FEEDBACK

Erklärung für nicht umgesetzte Empfehlungen.

1. Ergebnis AKZEPTANZ:

Bürger akzeptieren die endgültige Entscheidung demokratischer Gremien, weil sie sich intensiv mit dem Thema beschäftigt haben, gehört wurden und ihre Vorschläge umgesetzt bzw. ernsthaft geprüft wurden.

2. Ergebnis LEGITIMATION:

Die abschließende Entscheidung ist nicht nur abstrakt (Wahl), sondern konkret legitimiert (Beteiligungsprozess).

3. Ergebnis QUALITÄT:

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses entstehen deutlich verbesserte Konzepte oder gar echte Alternativen, da die Bürger als „Experten in eigener Sache“ wichtige Blickwinkel einbringen.

4. Ergebnis EMANZIPATION:

Bürger erleben Demokratie als spannend, sich selbst als Handelnde und lernen, sich von tradierten Rollen („Ihr da oben, wir da unten“) zu emanzipieren. Populistische Scheinlösungen werden als unrealistisch erkannt.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE

Stärkung der Demokratie, des mündigen Bürgertums sowie der demokratischen Institutionen.

ZUKUNFTSRÄTE

Dauerhafte Beteiligungsgremien insbesondere auf kommunaler Ebene, die jeweils mit 15 bis 20 zufällig ausgewählten Bürgern (breite Mischung nach Alter, Bildung, Geschlecht) nach dem Schöffensmodell besetzt sind und selbst organisiert als „Beratungsgremien“ Verwaltung und Kommunalparlament begleiten (vgl. Patrizia Nanz und Claus Leggewie: Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin 2016).

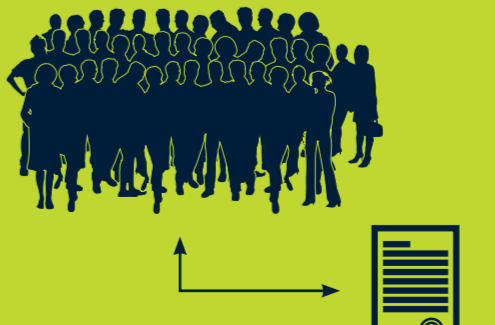
BÜRGERHAUSHALT:

Im Bürgerhaushalt werden Bürger aktiv an Entscheidungen zu Ausgaben und Einnahmen kommunaler öffentlicher Mittel beteiligt. So kann die Haushaltsplanung effizienter und bedarfsorientierter gestaltet werden. Es gibt verschiedene Herangehensweisen an einen Bürgerhaushalt, die von der Ideensammlung über Ausgaben einzelner Haushaltsbereiche einer Kommune bis hin zur Mitbestimmung über den Gesamtetat reichen. Bürgerhaushalte sind stets langfristig angelegte Prozesse.



BÜRGERGIPFEL:

Der Bürgergipfel – im angloamerikanischen Raum „21st Century Town Hall Meeting“ genannt – ist eine Methode der Großgruppenbeteiligung, bei der innerhalb kurzer Zeit viele Menschen gemeinsam über verschiedene Themen beraten. Am Ende steht ein gemeinsam erstelltes Arbeitepapier, das an politische Entscheidungsträger weitergeleitet wird. Der thematische Schwerpunkt des Bürgergipfels kann im Vorfeld entweder durch die Organisatoren oder mithilfe eines offenen Verfahrens festgelegt werden.



DISKURS

in Klein- und/oder Großgruppen sowie passenden Formaten.

QUEREINSTIEGE

Jederzeitige Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung im Verfahren bei Interesse oder wahrgenommener Betroffenheit.

WUTBÜRGER

Umgang mit „Wutbürgern“ und „Beteiligungsverweigerern“ Ziel: wirksam ins Verfahren holen.

KONSENSKONFERENZ:

Die Konsens- oder Bürgerkonferenz ist für die Technikfolgenabschätzung sowie zur Bearbeitung wirtschaftlicher und sozialer Themen geeignet. Diese Methode ermöglicht, die Perspektiven der informierten Laien zur Beurteilung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklungen in die Debatte einzubeziehen. Experten tragen zunächst vor und beantworten dann die Fragen des Plenums. Anschließend findet eine Debatte statt und das Schlussdokument mit Stellungnahmen, Empfehlungen und Begründungen wird verfasst. Nachdem die Fachleute eventuell sachliche Fehler im Bericht korrigiert haben, wird der Bericht den Entscheidungsträgern präsentiert.

